Reichsgesetzblatt

Teil II

1925 | Ausgegeben zu Berlin, den 11. September 1925 | Nr. 42

Inhalt: Gesetz, betreffend den Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über den Luftverkehr. S. 855. — Gesetz, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland und Schweden über den Luftverkehr. S. 857.

Gesetz, betreffend den Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über den Luftverkehr. Vom 26. August 1925.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 19. Mai 1925 unterzeichneten Vertrage zwischen Deutschland und Österreich über den Luftverkehr wird zugestimmt.

Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die zur Ausführung des Vertrags erforderlichen Bestimmungen erläßt der zuständige Reichsminister. Er ist befugt, seine Zuständigkeit auf nachgeordnete Behörden zu übertragen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Dietramszell, den 26. August 1925.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Vertrag zwischen Deutschland und Österreich über den Luftverkehr.

Das Deutsche Reich und die Republik Österreich haben, von dem gleichen Wunsche geleitet, die Entwickelung des Luftverkehrs zu fördern, beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschließen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident des Deutschen Reichs:

Den Herrn Doktor Maximilian Pfeiffer, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien,

der Bundespräsident der Republik Österreich:

Den Herrn Doktor Heinrich Mataja, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten haben, nachdem sie ihre Vollmachten mitgeteilt und diese als richtig befunden haben, folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jeder Vertragsstaat gewährt in Friedenszeiten Luftfahrzeugen des anderen Vertragsstaats, die in diesem vorschriftsmäßig zugelassen sind, bei Beachtung der in diesem Vertrag enthaltenen Vorschriften das Recht zum unschädlichen Luftverkehr in seinem Hoheitsgebiete.

Artikel 2

Die Vorschriften dieses Vertrags gelten für den Freiballonverkehr nur, soweit nach dessen Eigenart ihre Beachtung möglich ist.

Als Luftfahrzeuge im Sinne dieses Vertrags gelten nur Privatluftfahrzeuge.

Artikel 3

Die Grenze zwischen den Vertragsstaaten darf nur zwischen den im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmenden Punkten überflogen werden.

Artikel 4

Beide Vertragsstaaten können den Luftverkehr über gewissen Teilen ihres Gebiets verbieten. Die Gebietsteile, über denen der Luftverkehr demgemäß verboten ist, sind dem anderen Vertragsstaate mitzuteilen.

Artikel 5

Jedes Luftfahrzeug, das über ein verbotenes Gebiet gerät, hat das durch die Luftverkehrsverordnung des überflogenen Staates vorgeschriebene Notzeichen zu geben und unverzüglich auf einem außerhalb des verbotenen Gebiets gelegenen Flughafen dieses Staates zu landen.

Artikel 6

Dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehende Flughäfen sind den Luftfahrzeugen beider Staaten zugänglich.

Ein- und Ausflug nach und von einem der beiden Vertragsstaaten dürfen nur nach und von einem dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughafen, der Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bietet, und zwar ohne Zwischenlandung zwischen Grenze und Flughafen, erfolgen. Im Einzelfalle kann mit behördlicher Genehmigung Ein- und Ausflug auch nach und von anderen Plätzen erfolgen, die Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bieten; das Verbot von Zwischenlandungen gilt auch hier. Findet eine Notlandung im Abfluglande nach der Zoll- und Paßabfertigung oder im Einfluglande vor der Zoll- und Paßabfertigung statt, so ist unverzüglich die nächstgelegene Zoll-, Polizei- oder Ortsbehörde zu benachrichtigen; bis zur weiteren Weisung der benachrichtigten Stelle müssen Besatzung und Fluggäste beim Luftfahrzeuge verbleiben und dürfen Bestand- und Zubehörteile des Luftfahrzeuges sowie seine Ladung nicht entfernt werden; für die Durchführung dieser Vorschriften ist der Führer des Luftfahrzeuges verantwortlich.

Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen ein Verzeichnis der zur Zeit dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughäfen mit, aus dem zugleich ersichtlich ist, wo sich Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bietet. Jede Veränderung in diesem Verzeichnis und jede auch nur vorübergehende Einschränkung der Benutzungsmöglichkeit eines dieser Flughäfen ist dem anderen Vertragsstaat unverzüglich anzuzeigen.

Artikel 7

Luftfahrzeuge müssen deutliche und sichtbare Abzeichen haben, die ihre Feststellung während des Fluges ermöglichen.

Luftfahrzeuge müssen mit den im Heimatstaat für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen und sonstigen Urkunden versehen sein.

Die Mitglieder der Besatzung — das sind alle im Luftfahrzeuge befindlichen Personen außer den Fluggästen — müssen, soweit sie eine im Heimatstaate von besonderer Erlaubnis abhängige Tätigkeit im Luftfahrzeug ausüben, mit den im Heimatstaate für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen versehen sein; sonstige Mitglieder der Besatzung müssen mit Ausweisen versehen sein, die ihre Identität und ihre Staatsangehörigkeit dartun.

Die den Luftfahrzeugen und der Besatzung in einem Vertragsstaate für den Luftverkehr ausgestellten oder anerkannten Ausweise haben im anderen Vertragsstaate dieselbe Gültigkeit wie die von diesem ausgestellten oder anerkannten entsprechenden Ausweise.

Jeder Vertragsstaat behält sich das Recht vor, für den Luftverkehr innerhalb seines Gebiets den an seine Staatsangehörigen vom anderen Vertragsstaat erteilten Fähigkeitsausweisen die Anerkennung zu versagen.

Artikel 8

Besatzung und Fluggäste müssen, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 7, mit ordnungsmäßig ausgestatteten und vidierten Reisepässen, sowie überhaupt mit den Ausweisen versehen sein, die nach den im zwischenstaatlichen Übergangsverkehr geltenden allgemeinen Bestimmungen verlangt werden, soweit nicht durch sonstige Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten etwas anderes bestimmt wird.

Artikel 9

Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiete des anderen Vertragsstaats nur insoweit mit Gerät zur drahtlosen Nachrichtenübermittelung versehen sein und dieses Gerät benutzen, wie dies in beiden Vertragsstaaten gestattet ist. Solches Gerät darf nur von Mitgliedern der Besatzung bedient werden, die eine besondere Erlaubnis des Heimatstaats dazu mit sich führen.

Artikel 10

Luftfahrzeuge, ihre Besatzungen und Fluggäste dürfen Waffen, Schießbedarf, zur Kriegführung bestimmte Giftstoffe oder Sprengstoffe weder befördern noch sonst mit sich führen, Brieftauben sowie Lichtbildgerät nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörde desjenigen Staates, in dessen Luftgebiet sich das Fahrzeug befindet.

Artikel 11

Luftfahrzeuge, die Fluggäste oder Sachen mit sich führen, müssen mit einem namentlichen Verzeichnis der Fluggäste, einem Verzeichnis über Art und Menge der Sachen sowie den erforderlichen Zollerklärungen versehen sein.

Ergibt sich bei der Ankunft eines Luftfahrzeuges eine Unstimmigkeit zwischen Ladungsverzeichnis und mitgeführten Sachen, so kann die Zollbehörde des Ankunftshafens sich mit der zuständigen Zollbehörde des anderen Vertragsstaats unmittelbar in Verbindung setzen.

Artikel 12

Die Mitnahme von Post in Luftfahrzeugen wird durch besondere Abmachungen unmittelbar zwischen den Postverwaltungen der beiden Vertragsstaaten geregelt werden.

Artikel 13

Jeder Vertragsstaat kann in seinem Gebiete die Luftfahrzeuge des anderen Staates in allen Fällen bei Abflug und Landung behördlich untersuchen und die vorgeschriebenen Ausweise und sonstigen Urkunden prüfen.

Artikel 14

Die gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen durch Luftfahrzeuge nach dem Gebiet des Staates, dem das Luftfahrzeug nicht angehört, aus diesem Gebiet, innerhalb desselben oder über dieses Gebiet hinweg ist von einer besonderen, den Luftfahrunternehmen von der zuständigen Behörde dieses Staates erteilten Genehmigung abhängig.

Artikel 15

Als Ballast darf nur feiner Sand und Wasser abgeworfen werden.

Artikel 16

Andere Sachen als Ballast dürfen unterwegs nur abgeworfen oder sonst entfernt werden, wenn der Staat, in dessen Hoheitsgebiet die Handlung vorgenommen wird, eine besondere Erlaubnis dazu erteilt hat.

Artikel 17

Beide Vertragsstaaten werden sich gegenseitig alle für den Luftverkehr in ihrem Hoheitsgebiete maßgebenden Vorschriften mitteilen.

Artikel 18

Die Vertragsstaaten sind darüber einig, daß Luftfahrunternehmen und Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaats sowie deren Besatzungen und Fluggäste im Hoheitsgebiete des anderen Staates den dort geltenden Vorschriften über den Luftverkehr sowie den allgemeinen gesetzlichen oder sonstigen Vorschriften des anderen Staates unterliegen, soweit sich nicht aus diesem Ver-

Artikel 19

Jeder Vertragsstaat kann diesen Vertrag zu jedem Zeitpunkt mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Jedoch behält sich jeder Vertragsstaat das Recht vor, unter außergewöhnlichen Umständen den Luftverkehr über seinem Gebiete mit sofortiger Wirkung einzuschränken oder ganz oder teilweise zu verbieten.

Artikel 20

Der gegenwärtige Vertrag soll möglichst bald ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt am zehnten Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zur Urkund dessen haben die Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Wien

in doppelter Ausfertigung am 19. Mai 1925.

Dr. Pfeiffer (Siegel) **Dr. Mataja** (Siegel)

Zusatzprotokoll

Bei Unterfertigung des am heutigen Tage zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich abgeschlossenen Vertrags über den Luftverkehr haben die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten ihrer Regierungen, folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben:

1. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten sehen bis auf weiteres von einer Festsetzung von Grenzabschnitten im Sinne des Artikel 3, auf denen die Grenze zu überfliegen ist, ab, behalten sich aber vor, aus Gründen des öffentlichen Interesses solche Grenzabschnitte durch Abmachungen unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten im gemeinsamen Einverständnis festzusetzen.
2. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten behalten sich vor, aus Sicherheitsgründen Vereinbarungen über pflichtmäßige Ausstattung von Luftfahrzeugen mit Gerät zur drahtlosen Nachrichtenübermittelung zu treffen.
3. Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten behalten sich vor, die Bestimmung im Artikel 14 des Vertrags durch Abmachungen unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten derart zu ändern, daß Luftfahrunternehmen, die im Heimatstaate vorschriftsmäßig zum Luftverkehr zugelassen sind, unter bestimmten Voraussetzungen die in diesem Artikel erwähnte Beförderung von Personen oder Sachen auch ohne die daselbst vorgeschriebene besondere Genehmigung gestattet sein wird.

Dieses doppelt ausgefertigte Zusatzprotokoll bildet einen integrierenden Bestandteil des Vertrags und tritt gleichzeitig mit diesem in Kraft.

So geschehen zu Wien, am 19. Mai 1925.

Dr. Pfeiffer **Dr. Mataja**

Gesetz, betreffend das Abkommen zwischen Deutschland und Schweden über den Luftverkehr. Vom 26. August 1925.

Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 29. Mai 1925 unterzeichneten Abkommen zwischen Deutschland und Schweden über den Luftverkehr wird zugestimmt.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die zur Ausführung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen erläßt der zuständige Reichsminister. Er ist befugt, seine Zuständigkeit auf nachgeordnete Behörden zu übertragen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Dietramszell, den 26. August 1925.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Abkommen zwischen Deutschland und Schweden über den Luftverkehr.

Die Deutsche Regierung und die Königl. Schwedische Regierung, welche ein vorläufiges Abkommen über den Luftverkehr zu schließen beabsichtigen, haben zu Bevollmächtigten ernannt:

die Deutsche Regierung:

den Deutschen Geschäftsträger zu Stockholm, Wipert von Blücher,

die Königl. Schwedische Regierung:

den Minister des Außern, Seine Exzellenz Bo Östen Undén,

welche mit gehöriger Ermächtigung ihrer Regierungen folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Jeder Vertragsstaat gewährt in Friedenszeiten Luftfahrzeugen des anderen Vertragsstaates, die in diesem vorschriftsmäßig eingetragen sind, bei Beachtung der in diesem Abkommen enthaltenen Vorschriften das Recht zum unschädlichen Luftverkehr über seinem Gebiet.

Als Gebiet im Sinne dieses Abkommens gelten auch die Territorialgewässer, als Luftfahrzeuge nur Privatluftfahrzeuge.

Artikel 2

Die Grenzen beider Vertragsstaaten können vorbehaltlich anderer Regelung an jedem Punkt überflogen werden.

Artikel 3

Beide Vertragsstaaten können den Luftverkehr über gewissen Teilen ihres Gebiets verbieten. Die Gebietsteile, über denen der Luftverkehr demgemäß verboten wird, sind dem anderen Vertragsstaate mitzuteilen.

Överenskommelse mellan Sverige och Tyskland angående luftfart.

Kungl. Svenska regeringen och Tyska regeringen, som önska avsluta en provisorisk överenskommelse angående luftfart, hava till sina ombud utsett:

Kungl. Svenska regeringen:

Ministern för utrikes ärendena, Hans Excellens Bo Östen Undén;

och Tyska regeringen:

Tyske Chargé d'Affaires i Stockholm, Wipert von Blücher,

vilka, därtill vederbörligen befullmäktigade av sina regeringar, överenskommit om följande:

Artikel 1

Vardera av de fördragsslutande staterna medgiver åt den andra fördragsslutande statens vederbörligen inregistrerade luftfartyg rätt, att i fredstid under iakttagande av bestämmelserna i denna överenskommelse på ofarligt sätt färdas över sitt område.

Med område förstås i denna överenskommelse jämväl territorialvatten och med luftfartyg endast privata luftfartyg.

Artikel 2

De båda fördragsslutande staternas gränser må, såvitt ej annorlunda bestämmes, överflygas på vilken punkt som helst.

Artikel 3

De båda fördragsslutande staterna må förbjuda luftfärd över vissa områden inom sitt territorium. Uppgift å de områden, där luftfärd sålunda är förbjuden, skall meddelas den andra fördragsslutande staten.

Artikel 4

Jedes Luftfahrzeug, das über ein verbotenes Gebiet gerät, hat das durch die Luftverkehrsordnung des überflogenen Staates vorgeschriebene Notzeichen zu geben und unverzüglich auf einem außerhalb des verbotenen Gebiets gelegenen Flughafen dieses Staates zu landen.

Artikel 5

Dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehende Flughäfen sind den Luftfahrzeugen beider Staaten unter den gleichen Bedingungen zugänglich.

Ein- und Ausflug nach und von einem der beiden Vertragsstaaten dürfen nur nach und von einem dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughafen, der Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bietet, und zwar ohne Zwischenlandung zwischen Grenze und Flughafen erfolgen. Im Einzelfall können mit behördlicher Genehmigung Ein- und Ausflug auch nach und von anderen Plätzen erfolgen, die Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bieten; das Verbot von Zwischenlandungen gilt auch hier.

Findet eine Notlandung im Abfluglande nach der Zoll- und Paßabfertigung oder im Einfluglande vor der Zoll- und Paßabfertigung statt, so ist unverzüglich die nächste Zoll- oder Polizeibehörde zu benachrichtigen; bis zu deren Eintreffen muß die Entfernung der Besatzung, Fluggäste und Waren vom Luftfahrzeug unterbleiben. Für die Durchführung dieser Vorschriften ist der Führer verantwortlich.

Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen ein Verzeichnis der zur Zeit dem öffentlichen Luftverkehr zur Verfügung stehenden Flughäfen mit, aus dem zugleich ersichtlich ist, wo sich Gelegenheit zur Zoll- und Paßabfertigung bietet. Jede Veränderung in diesem Verzeichnis und jede auch nur vorübergehende Einschränkung der Benutzungsmöglichkeit eines dieser Flughäfen ist dem anderen Vertragsstaat unverzüglich anzuzeigen.

Artikel 6

Luftfahrzeuge müssen deutliche und sichtbare Abzeichen haben, die ihre Feststellung während des Fluges ermöglichen.

Luftfahrzeuge müssen mit den im Heimatland für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen und sonstigen Urkunden versehen sein.

Die Mitglieder der Besatzung — das sind alle im Luftfahrzeug befindlichen Personen außer den Fluggästen — müssen, soweit sie eine im Heimatland von besonderer Erlaubnis abhängige Tätigkeit im Luftfahrzeug ausüben, mit den im Heimatland für den Luftverkehr vorgeschriebenen Ausweisen versehen sein; sonstige Mitglieder der Besatzung müssen mit Ausweisen versehen sein, die ihre Beschäftigung an Bord, ihren Beruf, ihre Identität und ihre Staatsangehörigkeit dartun.

Die den Luftfahrzeugen in einem Vertragsstaate für den Luftverkehr ausgestellten oder dort anerkannten Ausweise haben im anderen Vertragsstaate dieselbe Gültigkeit wie die von diesem ausgestellten oder anerkannten entsprechenden Ausweise.

Artikel 4

Varje luftfartyg, som inkommer över ett fördbjudet område, skall giva den nödsignal, som är föreskriven i luftfärdsreglerna i den stat, över vilken färden äger rum, och ofördröjligen landa på en utanför det förbjudna området belägen flygplats i nämnda stat.

Artikel 5

Varje för allmänt bruk öppen flygplats skall under samma betingelser vara tillgänglig för luftfartyg från båda staterna.

In- och utfärd till- och från en av de fördragsslutande staterna må endast ske till och från en för allmänt bruk öppen flygplats, som erbjuder möjlighet till tull- och passbehandling, och utan landning mellan gränsen och flygplatsen. I särskilda fall må in- och utfärd med vederbörligt tillstånd ske jämväl till och från andra platser, som erbjuda möjlighet till tull- och passbehandling. Förbudet mot mellanlandning gäller också i dylika fall.

Vid nödlandning i det land, varifrån färden sker, efter det tull- och passbehandling ägt rum eller i det land, dit färden sker, innan tull- och passbehandling ägt rum, skall närmaste tull- eller polismyndighet omedelbart underrättas. Intill dess denna hunnit anlända, må från luftfartyget besättning och passagerare ej avlägsna sig eller gods lossas. Föraren är ansvarig för, att dessa föreskrifter iakttagas.

Vardera av de fördragsslutande staterna meddelar den andra staten en förteckning över de flygplatser, som vid varje tidpunkt stå till förfogande för allmänt bruk, av vilken förteckning jämväl skall framgå, var möjlighet till tull- och passbehandling förefinnes. Varje förändring i denna förteckning och varje inskränkning, även av tillfällig art, i möjligheten att bruka någon av dessa flygplatser skall ofördröjligen delgivas den andra fördragsslutande staten.

Artikel 6

Varje luftfartyg skall föra tydliga och synliga märken, som möjliggöra dess identifiering under luftfärd.

Varje luftfartyg skall vara försett med de i hemlandet för luftfärd föreskrivna bevis och andra handlingar.

Medlemmarna av besättningen — d. v. s. alla i luftfartyget befintliga personer utom passagerarna — skola, försåvitt de å luftfartyget utöva en i hemlandet av särskilt tillstånd beroende verksamhet, vara försedda med de i hemlandet för luftfart föreskrivna certifikat. Övriga medlemmar av besättningen skola vara försedda med handlingar, som utvisa deras sysselsättning ombord, deras yrke, deras identitet och statsborgarskap.

De för luftfartyg i endera av de fördragsslutande staterna för luftfart utfärdade eller erkända bevis skola i den andra fördragsslutande staten hava samma giltighet som de av denna stat utfärdade eller erkända motsvarande bevis.

Das gleiche gilt von den Ausweisen der Besatzung, jedoch behält sich jeder Vertragsstaat das Recht vor, für den Luftverkehr innerhalb seines Gebiets den an seine Staatsangehörigen vom anderen Vertragsstaat erteilten Fähigkeitsausweisen die Anerkennung zu versagen.

Artikel 7

Besatzung und Fluggäste müssen, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 6, mit den Ausweisen versehen sein, die nach den im zwischenstaatlichen Übergangsverkehr geltenden allgemeinen Bestimmungen verlangt werden, soweit nicht etwas anderes bestimmt wird.

Artikel 8

Luftfahrzeuge, ihre Besatzungen und Fluggäste dürfen Waffen, Schießbedarf, giftige Gase, Sprengmittel oder andere ähnliche Stoffe, die geeignet sind, Leben oder Gesundheit zu gefährden, weder befördern noch sonst mit sich führen, Brieftauben sowie Lichtbildgerät nur mit Erlaubnis der zuständigen Behörde desjenigen Staates, in dessen Luftgebiet sich das Fahrzeug befindet.

Artikel 9

Die Mitführung von Gerät zur drahtlosen Nachrichtenübermittlung bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Artikel 10

Luftfahrzeuge, die Fluggäste und Sachen mit sich führen, müssen mit einem namentlichen Verzeichnis der Fluggäste sowie mit Verzeichnissen über Art und Menge der Sachen und den erforderlichen Zollerklärungen versehen sein.

Ergibt sich bei der Ankunft eines Luftfahrzeuges eine Unstimmigkeit zwischen den Verzeichnissen und den mitgeführten Sachen, so kann die Zollbehörde des Ankunfthafens sich mit der zuständigen Zollbehörde des anderen Vertragsstaates unmittelbar in Verbindung setzen.

Mitnahme von Post wird durch besondere Abmachungen unmittelbar zwischen den Postverwaltungen der beiden Vertragsstaaten geregelt.

Artikel 11

Jeder Vertragsstaat kann in seinem Gebiet die Luftfahrzeuge des anderen Staates in allen Fällen bei Abflug und Landung behördlich untersuchen und die vorgeschriebenen Ausweise und sonstigen Urkunden prüfen.

Artikel 12

Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, die gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen aus und nach seinem Gebiet sowie innerhalb desselben besonderen Vorschriften zu unterwerfen.

Gewerbsmäßige Beförderung von Personen oder Sachen zwischen zwei Punkten des eigenen Staatsgebiets kann den heimischen Luftfahrzeugen vorbehalten werden.

Detsamma gäller om för besättningen utfärdade certifikat. Dock förbehåller sig vardera av de fördragsslutande staterna rätt att ifråga om luftfart över dess eget område vägra att erkänna certifikat, som utfärdats för dess egna undersåtar av den andra staten.

Artikel 7

Besättning och passagerare skola, jämte iakttagandet av föreskrifterna i artikel 6, såvida icke annorlunda bestämmes, vara försedda med de handlingar, som fordras enligt de för mellanstatlig samfärdsel gällande allmänna bestämmelser.

Artikel 8

Luftfartyg, dess besättning och passagerare må ej befordra eller eljest medföra vapen, skjutmaterial, giftiga gaser, sprängämnen eller andra liknande ämnen, som äro ägnade att skada liv eller hälsa. Brevduvor och fotografiapparate mår medföras, endast därest särskilt tillstånd därtill erhållits av vederbörlig myndighet i den stat, över vars område fartyget befinner sig.

Artikel 9

I fråga om medförande av radioinstallation träffas särskild överenskommelse.

Artikel 10

Luftfartyg, som för passagerare och gods, skall vara försett med namnförteckning över passagerarna och med förteckningar över godsets art och mängd samt erforderliga tullhandlingar.

Visar sig vid luftfartygs ankomst, att det medförda godset icke överensstämmer med förteckningarna, må tullmyndigheten å ankomstplatsen sätta sig i direkt förbindelse med vederbörlig tullmyndighet i den andra fördragsslutande staten.

Medförandet av post ordnas genom direkta avtal mellan de postala myndigheterna i de båda fördragsslutande staterna.

Artikel 11

Vardera fördragsslutande staten må å sitt område genom vederbörlig myndighet visitera luftfartyg från den andra staten vid avgång och landning samt pröva de föreskrivna bevisen och andra handlingarna.

Artikel 12

Varje fördragsslutande stat är berättigad att göra den yrkesmässiga befordran av personer eller gods från eller till sitt område såväl som inom detsamma till föremål för särskilda föreskrifter.

Yrkesmässig befordran av personer eller gods mellan två punkter inom det egna området kan förbehållas inhemska luftfartyg.

Einrichtung gekennzeichneter Luftlinien sowie Betrieb flugplanmäßiger Luftverbindungen über das Gebiet eines Vertragsstaates hinweg können von besonderer Genehmigung abhängig gemacht werden.

Artikel 13

Die Vertragsstaaten sind darüber einig, daß Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaates sowie deren Besatzungen und Fluggäste, während sie sich im Hoheitsgebiet des anderen Staates befinden, den dort geltenden Vorschriften über den Luftverkehr im allgemeinen, über Zölle und Abgaben, über Haftpflichtversicherung, über Ein- und Ausfuhrverbote, über besondere Aufsicht bei der Einfuhr von gewissen Waren, über die Beförderung von Personen und Sachen sowie über die öffentliche Sicherheit und Ordnung unterliegen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt.

Artikel 14

Als Ballast darf während des Fluges nur feiner Sand und Wasser abgeworfen werden.

Artikel 15

Unterwegs dürfen außer Ballast andere Sachen oder Stoffe nur abgeworfen oder sonst entfernt werden, wenn der Staat, in dessen Gebiet die Handlung vorgenommen wird, eine besondere Erlaubnis dazu erteilt hat.

Artikel 16

Beide Vertragsstaaten werden sich gegenseitig alle für den Luftverkehr in ihrem Gebiet maßgebenden Vorschriften mitteilen.

Artikel 17

Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen zu jedem Zeitpunkt mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Ferner soll Schweden, und zwar mit sofortiger Wirkung, zur Kündigung berechtigt sein, falls es das in Paris am 13. Oktober 1919 von verschiedenen Staaten unterzeichnete internationale Abkommen über den Luftverkehr ratifizieren sollte.

Artikel 18

Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen baldmöglichst in Stockholm ausgetauscht werden. Es tritt mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen in Stockholm am 29. Mai 1925 in doppelter Ausfertigung in deutscher und schwedischer Sprache.

(gez.) von Blücher

(Siegel)

Utmärkandet av luftvägar å och drift av regelbunden luftfartsförbindelse över en fördragsslutande stats område må göras beroende av särskilt tillstånd.

Artikel 13

De fördragsslutande staterna äro ense därom, att luftfartyg från den ena fördragsslutande staten samt dess besättning och passagerare skola, såvitt ej annat är stadgat i denna överenskommelse, medan de befinna sig å den andra statens område, vara underkastade där gällande bestämmelser rörande luftfarten i allmänhet eller rörande tullar och andra avgifter, ansvarighetsförsäkring, in- och utförselförbud, bestämmelser om särskild kontroll vid införsel av vissa varuslag, befordran av personer och gods eller allmän säkerhet och ordning.

Artikel 14

Annan ballast än fin sand och vatten må under färd icke utkastas från luftfartyg.

Artikel 15

Under färd må utom ballast andra föremål eller ämnen utkastas eller avlägsnas endast, om den stat, å vars område handlingen företages, lämnat särkild tillåtelse därtill.

Artikel 16

Båda fördragsslutande staterna skola ömsesidigt meddela varandra alla för luftfarten inom deras område gällande bestämmelser.

Artikel 17

Vardera fördragsslutande staten kan med tre månaders uppsägningstid när som helst uppsäga denna överenskommelse. Dessutom är Sverige berättigat att med omedelbar verkan uppsäga denna överenskommelse, om Sverige skulle ratificera det i Paris den 13 oktober 1919 av vissa stater undertecknade mellanfolkliga avtalet om luftfart.

Artikel 18

Denna överenskommelse skall ratificeras och ratifikationerna skola utväxlas i Stockholm snarast möjligt. Den träder i kraft å dagen för ratifikationernas utväxlande.

Till bekräftelse härav hava undertecknade underskrivit denna överenskommelse och försett densamma med sina sigill.

Som skedde i Stockholm den 29 maj 1925 i två exemplar på svenska och tyska språket.

(und.) Undén

(Siegel)

Anhang

1. Im Hinblick auf Artikel 2 soll jedes Luftfahrzeug die schwedische Grenze so überfliegen, daß es von einem der folgenden Punkte aus beobachtet werden kann:

Östersund
Karlstad
Strömstad
Göteborg
Hälsingborg
Malmö
Trälleborg
Kristianstad
Kalmar
Stockholm
Gävle
Sundsvall
Umeå
Luleå.

2. Dieser Anhang gilt als Bestandteil des Abkommens.

Stockholm, den 29. Mai 1925.

(gez.) von Blücher

Bilaga

1. Med hänsyn till artikel 2 skall varje luftfartyg passera den svenska gränsen på sådant sätt, att det kan iakttagas från någon av följande punkter:

Östersund
Karlstad
Strömstad
Göteborg
Hälsingborg
Malmö
Trälleborg
Kristianstad
Kalmar
Stockholm
Gävle
Sundsvall
Umeå
Luleå.

2. Denna bilaga utgör del av överenskommelsen.

Stockholm den 29 maj 1925

(und.) Undén

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. Fortlaufender Bezug **nur** durch die Postanstalten. Der Bezugspreis beträgt für **Teil I** vierteljährlich 1,20 *RM*, für Teil II vierteljährlich 1,00 *RM*.

Jede (auch jede ältere) Nummer sowie jeder ältere Vierteljahrgang oder Jahrgang kann einzeln durch die Postanstalten oder unmittelbar vom Gesetzsammlungsamt, Berlin NW, Scharnhorststr. 4, bezogen werden. Der Preis wird nach Bogen berechnet.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.